



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Hep Monatzeder, Anna Toman, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Kosten der Bekämpfung der Corona-Pandemie gemeinsam tragen: Filmwirtschaft Rückhalt geben**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- genehmigte Fördergelder des FilmFernsehFonds (FFF) für Filmproduktionen auch dann auszubezahlen, wenn Konzept-, Entwicklungs- und Dreharbeiten wegen der Corona-Pandemie nicht durchgeführt werden können und deshalb verschoben werden müssen. Die Staatsregierung soll darüber mit den weiteren Gesellschaftern des FFF Einvernehmen erzielen,
- die in den Förderrichtlinien festgelegten Fristen für den Beginn der Vorhaben bzw. Dreharbeiten und für die Vorlage des Schlussberichts außer Kraft zu setzen,
- zusammen mit der Filmwirtschaft einen Aktionsplan zu erarbeiten mit dem Ziel, die betroffenen Produktionen zu ermöglichen und die bereits eingetretenen wirtschaftlichen Folgen für die beteiligten Produktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter abzumildern.

### **Begründung:**

Die von der Staatsregierung angekündigten Soforthilfen sind ausdrücklich zu begrüßen. Auch die Filmwirtschaft ist von der Corona-Pandemie stark betroffen. So mussten bereits terminierte Dreharbeiten abgesagt und wegen der jahreszeitlichen Anforderungen um bis zu einem Jahr verschoben werden. Wenn zugesagte Fördergelder wegen Verschiebungen von Produktionen aufgrund der Corona-Pandemie nicht ausbezahlt werden, stehen viele Produktionsvorhaben und Firmen vor dem Aus. Die geleisteten Vorarbeiten wären wertlos und könnten häufig nicht honoriert werden. Schon jetzt stehen die in der Regel freiberuflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wegen fehlender Aufträge vor finanziellen Problemen.

Nachdem Monika Grütters, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, für den Bund der Kultur- und Kreativwirtschaft Hilfen zugesichert hat und die Kulturminister der Länder in der Konferenz vom 13. März 2020 den freien Kulturschaffenden und privaten Veranstaltern Unterstützung versprochen haben, muss auch die Filmwirtschaft und die dort Beschäftigten in dieser schwierigen Situation Hilfen erhalten.